

Der OKERBOTE

Neues aus

Hillerse

Landkreis Gifhorn

und

Volkse

Gemeinde Hillerse
Landkreis Gifhorn

Herausgeber: SPD Ortsabteilung Hillerse

Nr. 6

Verkehrsberuhigung beginnt !

"Kinder, Fußgänger und Radfahrer müssen auf einigen Straßen mehr Rechte haben als Autofahrer, damit weniger Unfälle passieren und der Wohnwert unseres Dorfes steigt," begründete Wolfgang Wesche einen SPD-Antrag zur Verkehrsberuhigung der am letzten Donnerstag im Sport- und Kulturausschuß in Hillerse beraten wurde.

Auf den Durchgangsstraßen muß der zügige Autoverkehr gewährleistet bleiben. Doch Gemeindestraßen sollten nicht weiterhin überall vorrangig dem Auto dienen. Die Straßenfeste zeigen, daß man Straßen auch anders nutzen kann. Warum soll in solchen Straßen der Autofahrer eigentlich nicht das ganze Jahr über dem Fußgänger den Vortritt lassen müssen?

Daß die Innerortsstraßen seinerzeit zu breit ausgebaut worden sind, will die SPD heute den damaligen Betreibern nicht vorwerfen. Klar ist jedoch allen, daß breite Straßen zum Rasen einladen.

Deswegen ist es mit dem Aufstellen von Schildern allein nicht getan. Die Straßen müssen "zurückgebaut" werden, ohne das Feuerwehrfahrzeuge und LKW's Zufahrtsprobleme bekommen. Ohne Hindernisse wird man jedoch keinen Erfolg haben.

Deswegen hat die SPD im Ausschuß beantragt, sich in anderen Orten zu informieren, die schon Erfahrungen gemacht haben, wie zum Beispiel Wessendorf oder Gifhorn.

Weiterhin sollen Anliegerversammlungen im Herbst stattfinden, um den Willen der Anlieger zum Rückbau zu erkunden und Anregungen aufzu-

nehmen. Mit den Baumaßnahmen sollte dann im Frühjahr begonnen werden. Der Ausschuß hat empfohlen, eine Versammlung der Anlieger "Im Moore" und "Osterhoop" durchzuführen. Dort sollen die Anlieger erklären, ob sie die Verkehrsberuhigung wollen. Selbstverständlich werden dabei Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung vorgestellt, wie etwa Rondelle im Einmündungsreich, die zum langsamen Abbiegen zwingen, oder Straßenverengungen durch Baumpflanzungen beziehungsweise Blumenkübel.

GRILLPLATZ

Mit knapper Mehrheit wurde außerdem beschlossen, einen Grillplatz zwischen Schützenheim und Tennisplätzen zu bauen. Die endgültige Entscheidung bleibt allerdings dem Rat vorbehalten.

VERPACHTUNG WEITER OFFEN

Wer den "Toten Strom" verpachten darf - die Gemeinde oder die Schierhornstiftung -, ist weiter offen. Nach über einem halben Jahr konnte die Schierhornstiftung nicht klären, wer das Fischereirecht ausübt. Der einseitige CDU-Beschluß bleibt damit weiter im rechtlichen Zwielfelt.

"Wegen dieser unsicheren Rechtslage wird es immer deutlicher: Es wäre auch für die CDU besser gewesen, dem Kompromißvorschlag der SPD zuzustimmen," faßt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Wesche zusammen.

KEINE GRUNDSCHULE

Mehrere Stellungnahmen wurden eingeholt. Intensiv beriet der Schulausschuß der Samtgemeinde die Möglichkeit, in Hillerse eine Grundschule einzurichten - leider mit dem Ergebnis, im wesentlichen aus Kostengründen keine Grundschule in Hillerse zu eröffnen.

Im Detail: In den vorhandenen Räumen paßt keine Grundschule mit 4 benötigten Klassenräumen, ohne die Hauptschule auseinanderzureißen - was niemand will und wollte. Deshalb käme nur ein Neubau in Betracht. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 1 bis 1,5 Millionen DM: Geld, das die Samtgemeinde zur Zeit nicht aufbringen will und kann.

"Insgesamt hat uns die Diskussion zu der Überzeugung gebracht, unter diesen Umständen zur Zeit nicht weiter Überlegungen anzustellen, wie in Hillerse wieder eine Grundschule eingerichtet werden könnte," stellt SPD-Ratsherr Werner Völtzke zu diesem Thema abschließend fest.

Um den Frieden mit allen Mitteln zu schützen, ist manchen Strategen auch ein Krieg nicht zu schlecht.

AUßERDEM...

...soll noch in diesem Herbst mit dem Bau der Klärteiche für die Hillerser Abwässer begonnen werden.

...soll die K-46 zwischen Dalldorf und Meinersen 1990 ausgebaut werden.

...soll der Fußweg auf dem Kattrepel zwischen Behrens und der Auffahrt Hentschl gepflastert werden.

...soll im Zuge des Fußwegbaus in der Bergstraße die Einmündung des Mittelwegs in den Eichenkamp links und rechts möglichst noch in diesem Herbst neu gestaltet werden, um die Sicht beim Einbiegen auf den Eichenkamp zu verbessern.

...soll das Schwimmbad neu geflüßt werden, um die Risse zu sanieren.

ViSdP:SPD-Ortsabteilung, Gerlinde Wegener, Im Moore 4, 3171 Hillerse.

HUNDEKOT

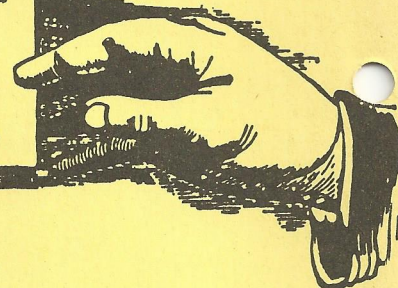
Auf Initiative des SPD-Samtgemeinderatsherrn Detlef Tanke hat die SPD-Samtgemeinderatsfraktion jetzt einen Antrag gestellt, für die Beseitigung des Hundekots von öffentlichen Flächen zukünftig den Hundebesitzer verantwortlich zu machen.

"Die Tretminen auf unseren Bürgersteigen sind ein zunehmendes Ärgernis. Die SPD will, daß alle Hundebesitzer dem Beispiel einiger folgen, die schon jetzt den Dreck wegnehmen," begründet Tanke die Forderung, die demnächst auf Samtgemeinebene beraten wird.

PREIS -
DOPPELKOPF

Do., 29.12.1988

Gaststätte Thielhorn



BAUSCHUTTDEPONIE

Der Landkreis Gifhorn beabsichtigt, alle Bauschuttdeponien im Kreisgebiet zum 31.12. diesen Jahres zu schließen, weil durch unsachgerechte Müllablagerung wie Öl, Farbreste oder Kunststoffe, die Gefahr einer Bodenvergiftung besteht.

Diese ungesetzliche Ablagerung ist selbst bei strenger Kontrolle kaum zu unterbinden. Um die damit verbundene Gefahr der Trinkwasservergiftung auszuschalten, ist die Absicht der Landkreisverwaltung, die die Verantwortung trägt, verständlich.

"Dennoch müssen Bauschutt und große Mengen an Gartenabfällen - alle anderen Stoffe gehören auf den zu empfehlenden eigenen Komposthaufen, in die grüne oder schwarze Tonne, beziehungsweise zum Sondermüll - wohnortnah entsorgt werden können," fordert unser Kreistagsabgeordnete Detlef Tanke: "Deswegen muß zum Jahresbeginn 1989 die Kompostierung von großen Mengen an Gartenabfällen vom Landkreis angeboten werden." Zur Abgabe des Bauschutts könnte das Aufstellen von großen Containern eine Lösung sein. Auch hier sollte der Landkreis schnell Vorschläge unterbreiten.

Die Geschichte der SPD: 1863—1914

1863—1890

Die deutsche Arbeiterbewegung formiert sich. Die industrielle Revolution hat auch in Deutschland eine Arbeiterklasse geschaffen. Mitte des 19. Jahrhunderts ist sie stark genug, politische und gewerkschaftliche Organisationen zu gründen, die für sozialen Fortschritt und demokratische Rechte kämpfen.

Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle beginnt 1863 die Geschichte der sozialdemokratischen Partei. Sechs Jahre später entsteht auf Betreiben von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Beide Parteien vereinigen sich 1875 auf dem Parteitag in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. In ihrem „Gothaer Programm“ steht das allgemeine Wahlrecht an erster Stelle. Der VORWÄRTS wird gegründet.

Die Bedeutung der Arbeiterbewegung wächst — da wird sie unterdrückt. Bismarck setzt 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ durch — das „Sozialistengesetz“. Die Partei wird verboten, ihre Mitglieder werden verfolgt — ihr Einfluß aber läßt sich nicht mehr brechen. In der Illegalität wächst die Sozialdemokratie zur Massenpartei. Aus der zwölfjährigen Unterdrückung geht sie als stärkste Partei Deutschlands hervor — bei den Reichstagswahlen 1890 erhält sie die meisten Stimmen. Mit einer Renten- und einer Krankenversicherung sind erste soziale Fortschritte durchgesetzt.

Für den Frieden geht Bebel ins Gefängnis. Im „Leipziger-Hochverrats-Prozeß“ werden August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1870 zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Weil sie — wie alle Abgeordneten der Arbeiterparteien — weitere Anleihen für den Krieg gegen Frankreich ablehnen, gehen sie für den Frieden ins Gefängnis. Die Sozialdemokraten wollen die stehenden Heere durch eine Volkswehr ersetzen und verlangen, daß das Volk über Krieg und Frieden entscheiden soll.

Von ihren nationalistischen Feinden als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft, wehrt sich die deutsche Sozialdemokratie auch in der Illegalität gegen den preußischen Militarismus, die steigenden Rüstungsausgaben und die Vergrößerung des Heers. Während der Kaiser immer unverhohlener Aufrüstungspolitik betreibt, fordert Bebel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

1890—1914

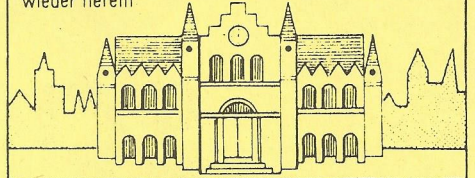
Solidarität gegen den Krieg. 1890 gibt sich die Partei den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Das von Karl Kautsky und Eduard Bernstein entworfene neue Parteiprogramm wird 1891 auf dem Parteitag in Erfurt verabschiedet. Das „Erfurter Programm“ — eines seiner Kernpunkte betrifft die Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen — bleibt dreißig Jahre lang gültig. Zwei Diskussionen beherrschen die innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD im nächsten Jahrzehnt. Die „Revisionisten“ fordern eine Abkehr von den revolutionären Grundlagen sozialdemokratischer Politik. Auf dem Dresdner Parteitag 1903 wird der Revisionismus verurteilt.

Die „Massenstreikdebatte“ entsteht unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905/1906. Die Möglichkeit des Massenstreiks als Kampfmittel zur Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts und zur Verhinderung eines Krieges wird auf mehreren Parteitagen diskutiert.

Beim Tod Bebels im Jahre 1913 kann die SPD auf wachsenden Einfluß und große Wahlerfolge verweisen — die Partei hat inzwischen über eine Million Mitglieder! — aber immer noch werden Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft. Die SPD erkennt die Gefahren des deutschen Weltmachtstrebens. Seit der Jahrhundertwende hatte die imperialistische Politik die Kriegsgefahr ständig vergrößert. Auch in Deutschland ist das Wettrüsten in vollem Gange. Gemeinsam mit englischen und französischen Sozialisten warnen die deutschen Sozialdemokraten vor den politischen und sozialen Folgen steigender Militärausgaben und vor imperialistischen Abenteuern. Die Mehrheit der Partei ist zur Landesverteidigung bereit, wenn Deutschland angegriffen wird. Aber die Hoffnung und die Politik der SPD zielen auf Frieden. 1911 verlangt die Partei internationale Vereinbarungen, damit „dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird“.

Verlustbringer der Gemeinden

So viel Prozent der Kosten kommen durch Gebühren wieder herein



Büchereien	3 %
Museen	9
Theater	14
Kindergärten	14
Bäder	22
Volkshochschulen	28
Musikschulen	37
Straßenreinigung	60
Friedhöfe	63
Schlachthöfe	72
Abwasserbeseitigung	85
Müllabfuhr	95 %

SPD — Seit 125 Jahren Fortschritt

Europäische Agrarpolitik:

Wer behebt den Geburtsfehler?

Butter- und Getreideberge, Wein- und Milchseen zeugen von einem Geburtsfehler in der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Um die EG-Länder vor der starken Konkurrenz aus Drittländern zu schützen, führte man ein ausgeklügeltes System von Garantiepreisen und Beihilfen ein. Das System war von Anfang an auf Produktionsausweitung angelegt — was auch nicht weiter verwundert, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland 1958 30 Prozent ihres Nahrungsmittelbedarfs importierte. Die Folgen waren allerdings verheerend: Ende August 1987 umfaßte der EG-Getreideberg fast 14 Millionen Tonnen, die nach drei Jahren Lagerung etwa die Hälfte ihres Wertes verloren haben. Auf Halde liegen weiterhin mehr als eine Million Tonnen Butter, rund 800 000 Tonnen Milchpulver und etwa 700 000 Tonnen Rindfleisch.

Zwanzig Jahre altes Rezept

Wie der verheerenden Überschußproduktion zu begegnen sei, das war dem EG-Kommissar Sicco Mansholt schon vor zwanzig Jahren klar: Mit einer vorsichtigeren Preispolitik unterstützt durch die Verbesserung der Agrarstruktur zum Beispiel durch eine Landabgaberente und Verbesserung der außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten sowie durch Flächenstilllegungen mit direkten Ausgleichszahlungen. Allerdings änderte sich bis heute nichts Wesentliches. Die Begründung ist einfach: Während die Therapien und Vorschläge von den Fachleuten innerhalb der Agrarverwaltung, also im wesentlichen der EG-Kommission, erarbeitet wurden, sollte die Umsetzung von den betroffenen Landwirten und den Agrarpolitikern geleistet werden. Und die sehen die Sachlage ganz anders. Bauernminister Ignaz Kiechle (CSU): „Wir richten unseren

Blick nicht engstirnig auf vielleicht gerade momentan vorhandene Lebensmittelüberschüsse und glauben nicht, dann sofort die ganze EG-Agrarpolitik reformieren zu müssen.“ Das war 1982, als in der EG bereits 513 Tonnen Butter und knapp 500 000 Tonnen Milchpulver auf Halde lagen.

Keine wirkliche Reform

Erst die Finanzkrise der Gemeinschaft brachte die Agrarreform auf Trab. Nicht zuletzt aufgrund der horrenden Kosten für die Agrarpolitik — fast Dreiviertel des gesamten EG-Haushalts wird für die Bauern ausgegeben, der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft liegt jedoch lediglich bei 3,5 Prozent — lebt die EG seit drei Jahren auf Pump. Bei Ölsaaten und Olivenöl, bei Obst und Gemüse wurden sogenannte Garantieschwellen eingeführt, bei deren Überschreiten die Erzeugerbeihilfe gekürzt wird. Bei Getreide und Rindfleisch wurde der Einkaufspreis gesenkt, eine sogenannte Mitverantwortungsabgabe eingeführt und die Pflicht zum Aufkauf deutlich gelockert. In benachteiligten Agrargebieten wurden die Forderungsmöglichkeiten auch durch direkte Einkommensbeihilfen verbessert. Außerdem beteiligt sich die Gemeinschaft an der Finanzierung von Leistungen für den Natur- und Umweltschutz durch die Landwirte. Und nicht zuletzt wurde eine Vorruhestandsregelung beschlossen, um älteren Landwirten die Aufgabe der Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Insgesamt stellen diese Maßnahmen jedoch allenfalls einen ersten Schritt dar, der die Überproduktion kaum senken wird, aber die weitere Zunahme bremsen kann. Klaus Wetzig, Mitglied des Europäischen Parlaments, (SPD): „Von einer tatsächlichen Agrarreform kann aber noch nicht die Rede sein.“

UNSER SOMMERFEST

für die
ganze Familie

am 17. September
ab 14.00 Uhr

Ort: Hillerse
Am Brink

Spiele — Speisen — Getränke
und

FLOHMARKT

für Kinder

SPD

O.A. Hillerse

